

## Antrag

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/7300 –  
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

### Demokratieerziehung, Gewaltprävention, historisch-politische Bildung – wichtige Säulen der rheinland-pfälzischen Bildungslandschaft

#### I. Der Landtag stellt fest:

Der Erwerb emotionaler und sozialer Kompetenzen ist neben der Vermittlung von Fach- und Methodenkompetenz ein weiterer wichtiger, an Schulen gerichteter Bildungsauftrag. In Zeiten politischen Extremismus' infolge dessen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transphobie wieder mehr und mehr salonfähig werden, wird das soziale Lernen in den rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen immer wichtiger. Die Achtung anderer, Verantwortungsethik sowie politische Mündigkeit und Eigenständigkeit sind wesentliche Bausteine des sozialen Lernens. Demokratieerziehung, Gewalt- und Extremismusprävention und die historisch-politische Bildung im Rahmen einer auch in Schulen fest verankerten Gedenkkultur sind daher wichtige Maßnahmen im Rahmen des Sozialkompetenzerwerbs.

#### II. Der Landtag begrüßt,

- die Erhöhung der Haushaltsmittel zugunsten des Ausbaus der Förderung der Gewalt- und Extremismusprävention und Demokratieerziehung;
- die Ausweitung bestehender Landesprogramme zur Gewalt- und Extremismusprävention und Einführung neuer Programme;
- die Zuwächse bei der Förderung der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung in Kindertagesstätten;
- die zusätzliche Stelle zur Koordination „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“;
- die Erweiterung der finanziellen Unterstützung der Schulen für Gedenkstättenfahrten;
- den Ausbau der Gedenkstättenarbeit im Pädagogischen Landesinstitut als Unterstützungsangebot für Schulen;
- die Stärkung der Gedenkstättenarbeit in Osthofen durch die Abordnung einer Vollzeitlehrkraft;
- die Fortsetzung und Verstetigung der Kampagne „Trau dich“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in den kommenden Jahren;
- die Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Vernetzung der Europaschulen des Landes Rheinland-Pfalz beim Europahaus Bad Marienberg zur Erweiterung des Netzwerks.

b. w.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den Ausbau der Demokratiebildung bereits ab den Kindertagesstätten über die Grundschulen bis hin zu weiterführenden Schulen weiter zu fördern;
- weiterhin einen Schwerpunkt auf soziales Lernen in Schulen zu legen und dementsprechend auch künftig den Etat für Demokratieerziehung, Gewalt- und Extremismusprävention sowie die politisch-historische Bildung auszubauen bzw. zu verstetigen;
- die Landeszentrale für politische Bildung und ihrer Arbeit für Demokratiebildung weiter zu unterstützen;
- die Verankerung von Gedenkarbeit in den Schulen und deren Zusammenwirken mit historischen Orten und Zeitzeugen durch die Tätigkeit der bundesweit einmaligen Koordinierungsstelle Zeitzeugen- und Gedenkarbeit am Pädagogischen Landesinstitut weiter zu unterstützen;
- die umfangreiche Förderung von Gedenkstättenbesuchen und historisch-demokratiebildenden Projekten beizubehalten;
- die Kooperationen mit regionalen Netzwerken und Institutionen, die sich ebenso der Demokratieerziehung, Gewalt- und Extremismusprävention sowie der historisch-politischen Bildung verschrieben haben, zu stärken und auszuweiten;
- das Fach Sozialkunde auszuweiten und zu stärken;
- bei der anstehenden Novelle des Schulgesetzes die demokratischen Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler auszuweiten.

Für die Fraktion der SPD:      Für die Fraktion der FDP:  
Martin Haller                      Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Pia Schellhammer